

SPD: Danziger Straße ohne Zuschüsse sanieren

Antrag gestellt – Straßenausbaubeitragssatzung soll bleiben – Kostenreduzierung für Anwohner

Zetel. Auf der Ratssitzung am 27. August soll die Entscheidung über den Erhalt oder die Abschaffung der heiß diskutierten Straßenausbaubeitragssatzung in Zetel fallen, damit im Winter mit dem Ausbau der Danziger Straße begonnen werden kann.

Die SPD-Fraktion stellt in dieser Angelegenheit einen Antrag zur Diskussion, in dem sie für den Erhalt der Satzung plädiert und gleichzeitig Vorschläge zur finanziellen Entlastung der Anlieger macht: „Die emotionalen Debatten haben uns nicht unbeeindruckt gelassen, und wir haben intensiv darüber diskutiert, wie wir den Anliegern am besten helfen können“, versichern Fraktionsvorsitzender Heinrich Meyer und Ratsvorsitzender Bernd Pauluschke.

Seit 1962 gibt es die Straßenausbaubeitragssatzung in Zetel; 1974, 1989 und 2006 wurde sie an die jeweiligen gesetzlichen Vorgaben angepasst: „In dieser

Zeit sind mehr als 14 Straßen nach der Satzung abgerechnet worden. Die Anlieger dieser Straßen haben in dieser Zeit rund 440.000 DM an Anliegerbeiträgen bezahlt. Wie will man mit diesen Anliegern verfahren, wenn die Satzung abgeschafft wird?“, argumentiert Heinrich Meyer für den Erhalt als gerechtere Lösung im demokratischen Sinne.

Als absolut ungerechte Variante bezeichnen die Sozialdemokraten die Anhebung der Grundsteuern vor dem Hintergrund, die finanzielle Last auf alle statt nur ein paar Bürgerschultern zu verteilen: „Die Steuern werden vom Finanzamt nach einem komplizierten Schlüssel festgesetzt. Nach diesem Schlüssel werden für Grundstücke mit älteren Gebäuden geringere Steuern erhoben als für Grundstücke mit Neubauten. So zahlen Eigentümer älterer Häuser durchschnittlich

190 Euro Grundsteuern B und Eigentümer in Neubaugebieten durchschnittlich 600 Euro“, erklärte Heinrich Meyer, „eine Anhebung der Hebesätze um etwa 10 Prozent bedeutet für die Anlieger in älteren Häusern etwa 20 Euro mehr pro Jahr und in Neubaugebieten etwa 65 Euro mehr im Jahr. In Neubaugebieten haben die Anlieger ihre Straßen gerade durch die Erschließungsbeiträge mit 90 Prozent der Kosten finanziert – oft sind das Familien mit Kindern. Sollen sie nun überproportional die Danziger Straße bezahlen?“

Weiter habe die SPD mit der Verwaltung noch einmal erörtert, wie der Ausbau der Straße gestaltet werden solle, so Bernd Pauluschke: „Bisher waren wir davon ausgegangen, dass der Straßenausbau durch Fördermittel des Landes für alle Beteiligten am günstigsten zu haben wäre – allerdings sind da Auflagen zu erfüllen, die wir nicht un-

bedingt haben wollen. So würde zum Beispiel die geforderte Fahrbahnbreite von 5,5 Metern weitere unerwünschte Verkehre in die Straße ziehen und sie zu einer Rennstrecke machen.“

Die SPD möchte die jetzigen Breiten der Fahrbahn von 4,65 Metern und des Fußweges von 1,67 Metern in etwa unverändert lassen, den Bürgersteig nur renovieren statt ganz zu erneuern und die Straßenbeleuchtung so belassen wie sie ist: „Das würde insgesamt die Ausbaurkosten um rund 200.000 Euro verringern, aber die Zuschüsse von 386.000 Euro würden wegfallen und der Gemeindeanteil von 360.000 auf 700.000 Euro steigen.“ Der Vorteil sei, dass die Gemeinde so die Straße nach ihren eigentlichen Erfordernissen gestalten könne.

Die Bürger sollten einen Mindestanteil von 35 Prozent bezahlen, wie er für Durchgangstraßen üblich sei. (jf)